

Wahlprüfsteine Bürgerinitiative „Unsere Altstadt“:

1. Welche beschleunigende Unterstützungen wollen Sie für die Bundesprojekte Projekte "Kurfürstliches Schloss" und "Koblenzer Hof" einbringen?

Antwort: Die Sanierung des Kurfürstlichen Schlosses und der Neubau des Koblenzer Hofes (bei Erhaltung der Fassade) sind zentrale Bundesprojekte für Koblenz. Als Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender des BImA-Verwaltungsrates werde ich mich auch weiterhin für eine priorisierte Umsetzung der beiden umfangreichen Maßnahmen einsetzen. Nach einem entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrats investiert die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) nun bis 2032 rund 178 Millionen Euro in das Schloss, wobei die Bauphasen so optimiert werden sollten, dass Verzögerungen minimiert werden und zugleich die Außensanierung bis zur BUGA 2029 abgeschlossen sein soll. Beim Koblenzer Hof freue ich mich aufgrund der stadtbildprägenden Bedeutung über das klare Bekenntnis der BImA zu diesem Projekt. Nach Vorlage der Machbarkeitsstudie haben sich zuletzt aufgrund denkmalrechtlicher Anforderungen Verzögerungen ergeben. Hier setze ich mich dafür ein, dass die Abstimmungsprozesse zwischen den Projektbeteiligten verbessert werden und zeitnah eine finale Entscheidung getroffen wird. In der Folge muss sichergestellt werden, dass die neue Projektbegleitung jederzeit über ausreichende Ressourcen verfügt, damit auch dieses Projekt schnellstmöglich umgesetzt werden kann.

2. Welche Möglichkeiten sehen sie auch im Rahmen der "Zeitenwende" und der Weltlage Sicherungs- und Schutzräumen für die Zivilbevölkerung in der Altstadt zu unterstützen / sehen Sie die Möglichkeit den Bunker Herletgarten in ein Rückkaufprogramm einzusetzen?

Antwort: Die Sicherheit der Zivilbevölkerung in Koblenz und in ganz Deutschland ist von zentraler Bedeutung, insbesondere angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage. Der Bevölkerungsschutz muss weiter gestärkt werden, um auf Krisenszenarien wie Naturkatastrophen, Konflikte oder andere Gefahrenlagen vorbereitet zu sein. Im aktuellen Regierungskonzept zum Bevölkerungsschutz wird die Notwendigkeit eines umfassenden Schutzes der Bürgerinnen und Bürger betont. Dazu gilt es zunächst, alle öffentlichen Gebäude und privaten Immobilien, die als Zufluchtsorte genutzt werden können, möglichst systematisch zu erfassen. Das können etwa Tiefgaragen, U-Bahnhöfe und Kellerräume sein. Diese Daten müssen den Bürgerinnen und Bürgern über Warn- und Kartendienste digital zur Verfügung gestellt werden. Was den Bunker in der Nagelsgasse angeht, kenne ich die rechtlichen Regelungen im Kaufvertrag zwischen der Stadt Koblenz und dem Erwerber nicht. Zudem kann ich nicht beurteilen, ob diese Anlage im Krisenfall noch für den Schutz der Bevölkerung geeignet wäre.

3. Welche Perspektiven sehen Sie, weitere Förderungen für Denkmal und Tourismus wichtige Bauwerke in der Altstadt zu ermöglichen (hier insbesondere für die städtebildprägende Florinskirche, die Michaelskapelle und die Basilika St. Kastor)?

Antwort: Die Förderung denkmalgeschützter Bauwerke in der Koblenzer Altstadt, wie der Florinskirche, der Michaelskapelle und der Basilika St. Kastor, bleibt ein wichtiges politisches Ziel, um unser kulturelles Erbe zu erhalten und die touristische Attraktivität von Koblenz zu steigern. Selbstverständlich werde ich – meine Wiederwahl vorausgesetzt – auch weiterhin

diese und andere Projekte aus meinem Wahlkreis bei der Fördergeldakquise unterstützen. Bei einigen der Förderprogramme, wie etwa dem Denkmalschutz-Sonderprogramm oder dem Programm zur Sanierung kommunaler Einrichtungen, entscheidet der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, dem ich derzeit angehöre, unmittelbar über die zu fördernden Projekte. In den vergangenen Jahren konnten auf diese Weise bereits Bundesmittel bereitgestellt werden: So wurde die Sanierung der Florinskirche im Rahmen des Denkmalschutz-Sonderprogramms XI mit 493.300 Euro gefördert, wofür ich mich sehr eingesetzt habe. Dies zeigt, dass mit gezieltem Engagement weitere Fördermittel generiert werden können.

4. Sehen Sie Möglichkeiten die notwendige Sanierung des Bereiches Moselfront - Alte Burg bis Deutscher Kaiser - durch Bundesmittel zu unterstützen?

Antwort: Das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025 legt einen klaren Fokus auf Investitionen in die kommunale Infrastruktur und Städtebauförderung. Besonders relevant sind dabei Städtebauförderprogramme des Bundes. Auch der geplante Deutschlandfonds, der öffentliche und private Investitionen für Infrastrukturprojekte mobilisieren soll, könnte möglicherweise eine Option für das angesprochene Projekt sein. Der Fonds zielt explizit darauf ab, kommunale Wohnungsbaugesellschaften, Verkehrsunternehmen und Stadtentwicklungsprojekte mit Eigenkapitalzuschüssen bzw. langfristigen Darlehen zu unterstützen. Sollte die Stadt die Sanierung des angesprochenen Bereiches in Angriff nehmen, werde ich auch hier im Rahmen meiner Möglichkeiten selbstverständlich gerne unterstützen.

5. Wie wollen Sie sich für die BUGA 29 und das Welterbe "oberes Mittelrheintal" einbringen?

Antwort: Vorweg: Wir haben bei der Bundesgartenschau 2011 in Koblenz gesehen, welches Potenzial ein solches Großereignis für eine Kommune bietet. Koblenz hat in den Bereichen Infrastruktur, Tourismus und Kultur immens profitiert. Ich habe die Hoffnung und bin optimistisch, dass es mit der Buga 2029 im gesamten Mittelrheintal ähnlich sein wird.

An der Umsetzung eines solchen Großereignisses sind immer viele Akteure beteiligt. Und an vielen Stellen gibt es Abstimmungs- beziehungsweise Klärungsbedarf. Als Bundestagsabgeordneter vertrete ich die Kommunen meines Wahlkreises im Bund und sehe mich daher auch als Vermittler – etwa zwischen Kommunen und Bundesbehörden. Konkret unterstützen konnte ich beispielsweise beim historischen Krangelände in St. Goarshausen. Hier konnte ich in Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde Loreley, Mike Weiland, und im Gespräch mit der BImA und den zuständigen Bundesbehörden zwischen Kommune und Bund vermitteln und dafür sorgen, dass ein Geländetausch mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt zustande kommen kann. Dadurch wäre es möglich, das Krangelände für die BUGA zu nutzen. Ähnliche Fälle wird es in den kommenden Jahren immer wieder geben. Und ich werde immer gerne als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Ganz allgemein ist mir Nachhaltigkeit besonders wichtig: Umweltfreundliche Mobilitätskonzepte, ökologische Landschaftsgestaltung und langfristige wirtschaftliche Nutzung müssen im Fokus stehen.

6. Welche Möglichkeiten sehen Sie, lokale Aktivitäten im Bereich Erinnerungskultur durch Bundesunterstützung zu fördern?

Antwort: Die Förderung der Erinnerungskultur ist eine zentrale Aufgabe, um das historische Bewusstsein zu stärken und demokratische Werte zu vermitteln. Der Bund kann lokale Aktivitäten in diesem Bereich auf verschiedene Weise unterstützen. Ein wichtiges Instrument ist die finanzielle Förderung von Gedenkstätten, Museen und Bildungsprojekten, die sich beispielsweise mit der Aufarbeitung der NS-Verbrechen oder der deutschen Kolonialgeschichte befassen. Zivilgesellschaftliches Engagement für die Erinnerungskultur wird etwa durch Programme wie „Demokratie leben!“ gefördert. Über Fördermittel aus diesem Programm werden Initiativen, Vereine und Organisationen unterstützt, die sich aktiv für demokratische Bildung und erinnerungskulturelle Arbeit einsetzen. Mit dem Demokratiefördergesetz sollen solche Projekte langfristig abgesichert werden. Besonders in Gedenk- und Bildungsstätten müssen wir verhindern, dass rechtsextreme Einflussnahmen das historische Bewusstsein untergraben. Daher setzt sich die SPD für eine stabile Finanzierung und den Schutz der wissenschaftlichen Unabhängigkeit dieser Einrichtungen ein.